

Sebastian Richter: Volksbegehren für Verhüllungsverbot in der Schweiz

Ein Volksbegehren entscheidet in der Schweiz knapp über ein Verhüllungsverbot in der Öffentlichkeit. Inoffiziell richtet es sich gegen Muslima.

In der Schweiz gilt künftig ein Verbot der islamischen Vollverschleierung. Bei einem Volksentscheid stimmten am Sonntag laut dem vom „SRF“ berichteten Endergebnis 51,2 Prozent (1.426.992 Personen) dafür und 48,8 Prozent (1.360.317 Personen)* gegen die Volksinitiative „Ja zum Verhüllungsverbot“.

Die Initiative hatte ein grundsätzliches Verbot gefordert, das Gesicht im öffentlichen Raum zu verhüllen. Es geht insbesondere um die islamischen Verschleierungen Burka und Nikab, aber auch um Vermummungen zum Beispiel von Hooligans bei Fußballspielen und von Demonstranten. Erstmals werden Kleidervorschriften in der Schweizer Bundesverfassung festgeschrieben.



Die politischen Debatten im Vorfeld richteten sich allerdings fast ausschließlich auf die muslimische Komponente. So wurde häufig von einer „Burka-Initiative“ statt korrekt von der „Verhüllungsverbots-Initiative“ gesprochen. Nach dem Bauverbot für Minarette im Jahr 2009 ist damit in der Schweiz erneut eine Initiative erfolgreich, die sich vor allem gegen den Islam richtet.

Volksbegehren in der Schweiz – Mehrheit pro Verhüllungsverbot

Die Initiatoren, das „Egerkinger Komitee“, wollten sich nach eigener Darstellung der „Machtansprüche des politischen Islam“ erwehren. Die rechtskonservative, der SVP nahe stehende Organisation hatte 2009 auch das erfolgreiche Referendum für ein landesweites Verbot von Minarettneubauten („Minarettverbot“) eingebracht.

Regierung, Parlament, die meisten Parteien sowie Religionsvertreter und Frauenverbände hatten sich zuvor für eine Ablehnung des Verbots ausgesprochen. Regierung und Parlament erarbeiteten einen Gegenvorschlag, der bei einem Nein beim Referendum automatisch geltendes Recht geworden wäre. Dieser Vorschlag beinhaltet, dass bei Identitätskontrollen das Gesicht zu zeigen gewesen wäre, etwa in Behörden oder im Personenverkehr. Weigerungen sollten zu Bußen oder Leistungsentzügen führen, flankierende Maßnahmen die Frauenrechte stärken.

Landesweit tragen Erhebungen des Luzerner Zentrums für Religionsforschung zufolge weniger als drei Dutzend Frauen eine islamische Vollverschleierung wie Nikab oder Burka. Zumeist seien es Konvertitinnen, die sich bewusst dafür entschieden. Gemäß Schweizer Verfassung fallen Bestimmungen über die Nutzung des öffentlichen Raums eigentlich in die Zuständigkeit der Kantone.

Quelle: Sebastian Richter: Volksbegehren für Verhüllungsverbot in der Schweiz, in: Frankfurter Rundschau fr.de vom 08.03.2021 < <https://www.fr.de/panorama/schweiz-abstimmung-burka-verbot-svp-volksbegehren-nikab-islam-absage-burka-90231441.html> > abgerufen am: 08.03.2021.

* In der Schweiz leben ca. 8,57 Mio. Menschen, stimmberechtigt sind alle SchweizerInnen über 18 Jahre, dies umfasst 5,49 Mio. BürgerInnen. An den mind. viermal im Jahr stattfindenden Volksabstimmungen nehmen meist zwischen 40 und 50 Prozent der Wahlberechtigten teil.

Volksbegehren: Initiative aus dem Volk, bei dem eine festgelegte Mindestanzahl der wahlberechtigten Bevölkerung das Parlament oder die Regierung zwingt, sich mit einem politischen Problem oder einem Gesetzesvorschlag auseinanderzusetzen;

Volksbefragung, auch: Referendum: geht von der Regierung aus und meint die Befragung der Stimmberechtigten zu einer bestimmten (politisch wichtigen) Frage nach deren Meinung, wobei das Ergebnis der Befragung für den Gesetzgeber nicht verbindlich ist.

Volksentscheid: Hierbei werden der wahlberechtigten Bevölkerung zwei oder mehrere (Gesetzes-)Alternativen zur Abstimmung und verbindlichen Entscheidung vorgelegt;

EINSTIEG: IN WELCHER DEMOKRATIE WOLLEN WIR LEBEN? – MODELLE DEMOKRATISCHEN REGIERENS

1. Stärkt mehr direkte Bürgerbeteiligung durch Volksbegehren und Referenden die Demokratie?

Aufgaben:

1. Lest und bespricht zunächst die Begriffe, was direkte Bürgerbeteiligung in Form von Volksbegehren, Volksbefragungen und Volksentscheiden meint. Äußert auch Eure Meinungen, was ihr von den Formen haltet und ob ihr denkt, dass die Anwendung dieser Formen die Demokratie positiv beeinflussen kann.
2. Die ModeratorInnen führen eine Umfrage zu der Frage, ob die direkte Bürgerbeteiligung durch Volksbegehren und Referenden die Demokratie stärkt, durch. Das Ergebnis, die Ja/ Nein/ Enthaltung halten die ModeratorInnen schriftlich fest.
3. Bearbeitet das Fallbeispiel zum Volksbegehren für das Verhüllungsverbot in der Schweiz, indem ihr das gegebene Material auswertet und in der Gruppe Eure persönlichen Meinungen zu einem Verhüllungsverbot diskutiert. Führt am Ende der Diskussion ebenfalls eine Abstimmung durch und haltet schriftlich durch die ModeratorInnen die wesentlichen Gründe für die Zustimmung und Ablehnung fest.
4. Setzt Euch in der Gruppe kritisch und am Beispiel des Schweizer Volksbegehrens mit der Frage auseinander, ob mehr direkte Bürgerbeteiligung die Demokratie stärkt. Bestimmt hierfür Vor- und Nachteile der Durchführung von Volksbegehren. Stellt ebenso Überlegungen darüber an, was unter einer leistungsfähigen Demokratie verstanden werden soll.